Baumschutzsatzung

O:\61_4\Baumschutz\baumschutz\Baumschutzsatzung\BaumSchS 12.2004\Synopse Okt04_Febr05-9305.DOC

Auswertung und Abwägungsvorschlag

des TÖB-Beteiligungsverfahrens und einer Einwendung aus dem Offenlageverfahren, Schreiben des Ortsteilbeirates Weststadt
(Antwortschreiben Januar/Februar 2005)

(Stand 9.3.2005)

Entwurf (offengelegte und beschlossene Fassung vom 6.12.2004)	Anmerkungen Innenministerium v. 17.01.2005	Abwägungsvorschlag (Änderungen gegenüber der Ausgangsfassung sind markiert)
<u>Einleitung Zeile 4</u> Aufgrund des § 26 Abs. 3 des Landesnaturschutzgesetzes vom 21. Juli 1998 (GVOBl. M-V S. 647) in Verbindung mit § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Januar 1998 (GVOBl. M-V S.29, 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Oktober 2002 (GVOBl. M-V S. 1) , hat die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin in der Sitzung vom2005 folgende Satzung beschlossen:	<u>Änderung Einleitung Zeile 4</u> „... in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205) hat die Stadtvertretung...“	<u>Änderung Einleitung Zeile 4</u> Aufgrund des § 26 Abs. 3 des Landesnaturschutzgesetzes vom 21. Juli 1998 (GVOBl. M-V S. 647) in Verbindung mit § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205) , hat die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin in der Sitzung vom2005 folgende Satzung beschlossen:
<u>Anlage</u> <u>1. Die Bewertung der zu ersetzenden Bäume</u> (1) Die Bewertung der Ersatzpflanzung erfolgt nach dem Stammumfang des zu entfernenden Baumes. Zusätzlich zum Grundwert des Baumes wird der Baum nach der Gehölzart, der Vitalität und nach der Standortsituation bewertet. (2) Die Ermittlung des Grundwertes (A) resultiert aus dem Stammumfang des Baumes. Die Ersatzpflanzung hat mit standortgerechten, einheimischen Bäumen, mit einem Mindestumfang von 18-20 Zentimeter zu erfolgen. Die veranschlagten Kosten für den Ersatzbaum inklusive seiner Pflanzung und Pflege ergeben den Grundwert	<u>Anmerkungen BUND v. 27.01.2005</u> <u>Einspruch:</u> <u>Anlage; 1. Die Bewertung der zu ersetzenden Bäume:</u> „Als nachteilig sieht der BUND den Wegfall der Bewertung nach der bewährten Methode Koch, die auch vor Gericht anerkannt wird.“	) <u>Erläuterung:</u> Die Bewertung der zu ersetzenden Bäume soll durch die in der Anlage dargestellten Bewertungsschritte vereinfacht werden. Die Berechnung und die Bewertung sind so für jeden Antragsteller nachvollziehbar. Dieses Bewertungsmodell soll den Zeitaufwand für die Bewertung der Bäume verkürzen.

<p>in €.</p>		
<p><u>§ 4 Schutzgegenstand Absatz 2</u> (2) Zusätzlich sind in einem durch sieben Ortsteile (Schelfstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Altstadt, Weststadt, Lewenberg, Werdevorstadt) gekennzeichneten innenstadtnahen Bereich alle im Absatz (1) Nr. 1 und Nr. 2 aufgelisteten Bäume mit einem Mindeststammumfang von 50 cm und unter Absatz (1) Nr. 3 aufgelisteten Arten mit einem Mindeststammumfang von 80 cm geschützt.</p>	<p><u>Einspruch:</u> § 4 Schutzgegenstand Absatz 2: „Die Gliederung der Stadt in inneren und äußeren Bereich und die daraus abgeleitete unterschiedliche Bewertung halten wir ebenfalls für ungünstig. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Bäume in den verschiedenen Stadtteilen unterschiedlich wertvoll sein sollen. Hier wäre eine einheitliche Bewertung entsprechend der Bewertung der Bäume im innenstadtnahen Bereich zweckmäßig.“</p>	<p><u>Erläuterung:</u> Die unterschiedliche Bewertung der Bäume im resultiert aus der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, die am 06.12.2004 in der STV beschlossen wurde. Die Bäume, insbesondere die Obstbäume, sind im Innenstadtbereich stärker als in den umliegenden Stadtteilen geschützt.</p>
<p>Anmerkungen WEMAG v. 27.01.2005</p>		
<p><u>§6 Absatz (3)</u> (3) <u>Schnittmaßnahmen, die</u> <u>1. der Herstellung der Verkehrssicherheit von oberirdischen Versorgungsleitungen,</u> 2. der Sicherung des im Rahmen der Gewässerunterhaltung zu gewährleistenden schadlosen Wasserabflusses im Bereich der Gewässer zweiter Ordnung, 3. der Herstellung der Verkehrssicherheit der planfestgestellten Betriebsanlagen der Deutschen Bahn AG oder 4. der Herstellung der Verkehrssicherheit anderer planfestgestellter Verkehrswege dienen, wenn bei diesen Maßnahmen die Maßgaben der Fach- und DIN-Standards Anwendung finden. <u>Vor Beginn der Maßnahmen sind diese dem</u></p>	<p><u>Bestätigung: §6 Absatz (3)</u> „Wir möchten Sie bitten, Ausholzungsarbeiten im Bereich unserer Anlagen als eine Maßnahme zur Abwendung von Gefahren und dementsprechend auch zur Erhaltung der Natur in der BSchS zu berücksichtigen und nicht als Eingriff in die Natur anzusehen.“</p>	<p>Dieses Anliegen ist durch die Formulierung in § 6 Abs.3 in der vorgelegten Satzung berücksichtigt worden. Derartige notwendige Arbeiten müssen nur angezeigt werden und bedürfen somit keiner Genehmigung.</p>

<p><u>Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin anzuzeigen.</u></p>		
	<p>Anmerkungen IHK v. 3.01.2005 und 28.01.2005</p>	
	<p>Forderung der ersatzlosen Aufhebung der BSchS, wie die Kommission zum Abbau der Bürokratie bereits am 23.04.2004 gefordert hat.</p>	<p>Der Hauptausschuß (30.3.04 und 19.10.04) und die Stadtvertreter (6.12.2004) sprachen sich für die Überarbeitung der Baumschutzsatzung aus.</p>
	<p>Baumfällungen werden nicht durch die Satzung verhindert.</p>	<p>Diese Feststellung ist so nicht richtig. Fällanträge werden teilweise abgelehnt. Es ist davon auszugehen, dass bei Vorliegen einer Baumschutzregelung in vielen Fällen auch wg. nicht zu erwartender Genehmigung kein Antrag gestellt und somit weitere Bäume erhalten bleiben.</p>
	<p>Für den Erhalt prägender Bäume auf privatem Grund.</p>	<p>Diese Bäume werden ohne eine spezielle Baumschutzregelung nicht ausreichend geschützt.</p>
	<p>Die Differenzierung nach Innen- und Außenbereich, Gehölzart und Stammumfang führt zu einem höheren Verwaltungsaufwand.</p>	<p>Die Bewertung der Bäume wird auch jetzt u.a. auf der Grundlage der Gehölzart und des Stammumfangs durchgeführt. Das in der Anlage beschriebene Bewertungssystem soll die Bewertung der Gehölze vereinfachen. Für den Antragsteller ist die Bewertung der Gehölze nachvollziehbar. Die Differenzierung der Gehölze nach Innen- und Außenbereich ergibt einen höheren Verwaltungsaufwand.</p>

	Anmerkungen WBV v. 18.01.2005	
<p>§ 4 Schutzgegenstand (1) Geschützt sind:....</p> <p>4. alle freiwachsenden Hecken ab einer Länge von 25 Metern;</p> <p>5. alle Bäume, die aufgrund des Landesnaturschutzgesetzes oder des Baugesetzbuches als Ausgleichs- bzw. als Ersatzmaßnahme gepflanzt wurden, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 nicht erfüllt sind;</p> <p>6. alle Bäume und freiwachsenden Hecken, die aufgrund von § 9 dieser Satzung als Ersatzpflanzung gepflanzt wurden.</p>	<p><u>Ablehnung.</u></p> <p>da „bestehendes Landes- und Bundesrecht ausreichend den Schutz für Bäume und Hecken in der Landeshauptstadt Schwerin bietet.“</p>	<p>Die Bäume und Hecken werden durch Landes- und Bundesrecht nicht ausreichend geschützt.</p> <p>Im LNatG M-V werden nur ausgewiesene Naturdenkmale im §25, die geschützten Landschaftsbestandteile im § 26, die Allen im §27 und die Naturschutzgebiete im § 21 und gesetzlich geschützte Biotope im § 20 geschützt.</p> <p>Durch das Landesnaturschutzgesetz oder das Baugesetzbuch sind Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen geschützt.</p>
<p>§ 2 Schutzzweck</p> <p><u>(1) Nach Maßgabe dieser Satzung werden Bäume und freiwachsende Hecken zum geschützten Landschaftsbestandteil</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Sicherstellung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, - zur Belebung, Gliederung oder Pflege und Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes, - zur Abwehr schädlicher Einwirkungen wie beispielsweise Lärm, Staubbiederschlägen oder Schadstoffimmissionen, - zur Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas und der kleinklimatischen Verhältnisse oder - zur Erhaltung eines artenreichen, standortgerechten Gehölzbestandes als Lebensraum für die Tierwelt erklärt. 	<p>§ 2 Schutzzweck</p> <p>„Der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts dienen auch die Aufgabenerfüllungen des Verbandes nach „§§ 62 und 62 des Landeswassergesetzes. Eine weitere Satzungsregelung für diese Aufgaben ist deshalb entbehrlich.</p> <p>Die Aufgabenerfüllung des Verbandes dient der Pflege und Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes. Hochwassersituationen in den Wohngebieten sind e.U. von keinem Stadtvertreter gewollt. Es ist zu hinterfragen auf wen die schädlichen Einwirkungen wirken. Die Aufzählung ist nicht vollständig und nur beispielhaft. Ein ausuferndes Gewässer wäre z.B. auch eine schädigende Einwirkung auf Infrastruktur und Menschen der Stadt. Der § 61 des Landes-</p>	<p>Der Schutz von Bäumen und freiwachsende Hecken widerspricht nicht der Aufgabenerfüllungen des Wasser- und Bodenverbandes nach „§§ 62 und 62 des Landeswassergesetzes.</p> <p>Die Ufergehölze an den Gewässern gehören als Einheit zur Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts.</p> <p>Die Unterhaltungsarbeiten an Gewässern wurden hat in den letzten Jahren ohne Antrag auf Befreiung und Fällung getätigt.</p> <p>Die Beschreibung des Schutzzweckes schließt in der vorliegenden Fassung bereits mittel- und unmittelbar Umweltschutzbelange des</p>

	<p>wassergesetzes zu § 28 des Wasserhaushaltsgesetzes beschreibt für die Arbeit des Verbandes diesen Schutzzweck. Die Lebensraumdefinition sollte für die Tierwelt und den Menschen erfolgen.“</p>	<p>Menschen ein. Alle Regelungen des Landesnaturschutzgesetzes als einer Basis für die hier vorgelegte Satzung beziehen sich auf die Sicherung der Lebensgrundlagen des Menschen (LNatSchG MV § 1, Satz 1).</p>
<p>§ 6 Genehmigungsfreie Maßnahmen <u>Genehmigungsfrei sind:</u> (1) <u>unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr.</u> Maßnahmen der Gefahrenabwehr sind dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin unverzüglich anzuzeigen und auf geeignete Weise (z.B. Fotos, Schnittreste) bis 4 Wochen nach Abschluss der Maßnahme zu belegen. <u>(2) Pflegemaßnahmen, soweit sie das typische Erscheinungsbild des Gehölzes langfristig erhalten und die Maßgaben der Fach- und DIN-Standards Anwendung finden.</u> Eine Kronenreduzierung von bis zu 10% ist bei einer anschließenden ordnungsgemäßen Pflege zulässig, wenn sie im Schwachastbereich durchgeführt wird und die Aststärke bis zu 10 cm Durchmesser beträgt. (3) Schnittmaßnahmen, die 1. der Herstellung der Verkehrssicherheit von oberirdischen Versorgungsleitungen, 2. <u>der Sicherung des im Rahmen der Gewässerunterhaltung zu gewährleistenden schadlosen Wasserabflusses im Bereich der Gewässer zweiter Ordnung,...</u> <u>wenn bei diesen Maßnahmen die Maßgaben der Fach- und DIN-Standards Anwendung finden. Vor Beginn der Maßnahmen sind diese dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin anzuzeigen.</u></p>	<p>§ 6 Genehmigungsfreie Maßnahmen (3) Punkt 2 „Es ist sicherlich die Aufgaben des Verbandes nach §62 LWaG M-V gemeint. Insoweit ist auch auf die Uferschutzbestimmungen des § 81 LWaG M-V hinzuweisen. Die Grundstückseigentümpflichten nach § 66 LWaG M-V stellen insofern nur darauf ab, die Benutzung, die Gestaltung für die Gewässerunterhaltung z.B. mit Räumgeräten nicht zu beeinträchtigen.“</p>	<p>§ 6 Genehmigungsfreie Maßnahmen (3) Punkt 2 Die Unterhaltungsarbeiten an Gewässern wurden hat in den letzten Jahren ohne Beantragung getätigt. Entsprechend des § 6 der BSchS können die Unterhaltungsarbeiten an den Gewässern weiterhin genehmigungsfrei durchgeführt werden.</p>

	<p><u>§ 6 Genehmigungsfreie Maßnahmen, letzter Satz</u></p> <p>„ Wir schlagen vor die ersatzlose Streichung dieses Satzes aus dem Entwurf vor. Wir gehen davon aus, dass Anzeige- und Antragsverfahren analog dem Szenario aus §§ 9 und 10 des Satzungsentwurfes ablaufen wird. Der dort beschriebene Verwaltungsaufwand enorme ist mit dem derzeit verfügbaren Verwaltungspersonal des Verbandes nicht zu leisten.“</p>	<p><u>§ 6 Genehmigungsfreie Maßnahmen, letzter Satz</u></p> <p>Die untere Naturschutzbehörde muss nur über die Unterhaltungs- und Pflegemaßnahmen informiert werden, wenn die Regelungen des Landeswassergesetzes in den §§ 61 und 62 eingehalten werden.</p>
	<p>Anmerkungen Landesamt für Bodendenkmalpflege MV v. 4.02.2005</p>	
<p><u>§ 4 Schutzgegenstand Absatz (3) Punkt 4.</u> 4. Bäume und freiwachsende Hecken in denkmalgeschützten Garten-, Friedhofs- und Parkanlagen, die mit ihren Abgrenzungen in der aktuellen Denkmalliste der Landeshauptstadt Schwerin und des Landesamtes für Denkmalpflege festgelegt sind;</p>	<p><u>Ergänzung:</u> <u>§ 4 Schutzgegenstand Absatz (3) Punkt 4.</u> Baum- und Gehölzbestände in denkmalgeschützten Garten-, Friedhofs und Parkanlagen sowie anderen Menschen gestalteten Landschaftsteilen gemäß Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 1 und 2 des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg – Vorpommern, die mit ihren Abgrenzungen in der aktuellen Denkmalliste der Landeshauptstadt Schwerin und des Landesamtes für Denkmalpflege MV festgelegt sind,</p>	<p><u>Ergänzung des § 4 Schutzgegenstand Absatz (3) Punkt 4.</u> 4. Baum- und Gehölzbestände in denkmalgeschützten Garten-, Friedhofs und Parkanlagen sowie anderen Menschen gestalteten Landschaftsteilen gemäß Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 1 und 2 des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg – Vorpommern, die mit ihren Abgrenzungen in der aktuellen Denkmalliste der Landeshauptstadt Schwerin und des Landesamtes für Denkmalpflege MV festgelegt sind,</p>
	<p><u>Anlage</u></p>	<p>Die Karte mit den Grenzen der</p>

	In der Baumschutzsatzung sollte die Karte mit den Grenzen der Gartendenkmale nicht beigefügt werden	Gartendenkmale ist nicht Bestandteil der BSchS.
	Anmerkungen Stadtmarketing Gesellschaft Schwerin mbH v. 07.02.2005	
	<u>Anmerkung</u> Generelle Schaffung von Schutzmaßnahmen für die Baumscheiben auf Veranstaltungs- und Parkflächen (z.B. überfahrbare Baumschutzgitter)	Dieser Hinweis kann nicht in der Baumschutzsatzung geregelt werden. Er wird als ein Hinweis für kommende städtischen Planungen gewertet.
	Anmerkungen Kreisverband der Gartenfreunde Schwerin v. 18.01.2005	
	<u>Allgemeine Zustimmung zur BSchS</u> „Zu dieser Frage haben wir bereits in einem Schreiben vom 20.06.2004 insofern Stellung bezogen, dass wir für eine ersatzlose Aufhebung der BSchV unter der Anwendung der Bestimmungen des Bundeskleingartengesetzes und der darauf beruhenden Gartenordnung plädiert haben.“	Die Baumschutzsatzung gilt für das gesamte Stadtgebiet. Bäume von Kleingartenanlagen sind vom Schutz der vorgelegten Satzung ausgenommen.
<p>§ 4 Schutzgegenstand</p> <p>(1) Geschützt sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. alle Bäume mit einem Stammumfang ab 80 Zentimetern gemessen in einer Höhe von 1,0 Meter über dem Erdboden; dies gilt auch für..., Holzapfel und Holzbirne, sowie für Obstbäume, ... <p>(2) Zusätzlich sind in einem durch sieben Ortsteile (Schelfstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Altstadt, Weststadt, Lewenberg, Werdervorstadt) gekennzeichneten innenstadtnahen Bereich alle</p>	„Auf Grund der klaren Regelungen im Bundeskleingartengesetz ist eine BSchS für unsere Kleingartenanlagen aus unserer Sicht nach wie vor nicht erforderlich.“	Auch Obstbäume sind in Kleingartenanlagen nicht geschützt (§ 4(2)BSchS), das war auch bereits im § 3(3c) BSchV so geregelt.

<p>im Absatz (1) Nr. 1 und Nr. 2 aufgelisteten Bäume mit einem Mindeststammumfang von 50 cm und unter Absatz (1) Nr. 3 aufgelisteten Arten mit einem Mindeststammumfang von 80 cm geschützt.</p> <p>(3) Nicht geschützt sind: ...</p> <p>2. Obstbäume in Kleingartenanlagen;</p> <p>3. Obstbäume, die nicht in den innenstadtnahen Ortsteilen (Schelfstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Altstadt, Weststadt, Lewenberg, Werdervorstadt) stehen;</p>		
	<p>„Da eine ersatzlose Aufhebung der BSchS aus Sicht der Stadtvertreter nicht möglich ist, akzeptieren wir den Entwurf in vorliegender Fassung.“</p>	
	<p>Anmerkungen Bauernverband MV v. 13.01.2005</p>	

	<p>„... Unverständnis dafür zum Ausdruck bringen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo in allen Bereichen von Bürokratieabbau / Deregulierung und Verwaltungsreform gesprochen wird, neue Baumschutzverordnungen erlassen werden sollen.</p> <p>Dies auch vor dem Hintergrund, dass 1. es für die Stadt Schwerin eine relativ aktuelle Satzung (1996) gibt“</p>	<p>Die fachliche Notwendigkeit einer BSchS ergibt sich aus den neuen Regelungen des LNatG. Dort werden die denkmalgeschützten Parkanlagen und Bäume in B-Plänen vom Schutz ausgeklammert.</p> <p>Durch die Stellenreduzierungen in der Verwaltung der Landeshauptstadt Schwerin müssen die Mindeststandards zum Schutz von Bäumen verändert werden, damit der Bearbeitungsaufwand reduziert werden kann.</p> <p>Der Erlass der BSchS ist notwendig, um einen Mindestschutz insbesondere des älteren, ansonsten nicht geschützten Baumbestandes zu sichern.</p>
	<p>2. „Die Stadt Schwerin zur Testregion Bürokratieabbau Westmecklenburg gehört“</p>	<p>Die BSchS ist für den Bürger und die Institutionen eine überschaubare rechtliche Grundlage zum Schutz des vorhandenen Gehölzbestandes.</p> <p>Der Naturhaushalt wird durch die Ersatzpflanzungen ausgeglichen.</p>
	<p>„3. Es sich bei der Regelung des Naturschutzgesetzes aus unserer Sicht um eine kann Regelung handelt und nach unserem Kenntnisstand in M-V bisher nur wenige Gemeinden eine Baumschutzsatzung erlassen haben.“</p>	<p>Im LNatG M-V werden nur einzelne ausgewiesene Naturdenkmale im §25, die geschützten Landschaftsbestandteile im § 26, die Alleen im §27 und die Naturschutzgebiete im § 21 und gesetzlich geschützte Biotop im § 20 geschützt.</p> <p>Die Stadtvertretung Schwerin hält die neue Baumschutzsatzung für erforderlich. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung lässt sich auch diverse negative Erfahrungen aus anderen Städten belegen, die ihre Baumschutzregelungen ersatzlos gestrichen</p>

		haben.
	Bei tatsächlichem Bedarf für eine neue Satzungen / Verordnungen sollte nach unserer Auffassung im Land Mecklenburg-Vorpommern eine weitestgehend einheitliche Mustersatzung / -verordnung zur Anwendung kommen.“	Die Bäume und Hecken werden durch Landes- und Bundesrecht nicht ausreichend geschützt. Vom Land M-V ist eine generelle BSchS des Landes bzw. eine Ergänzung des LNatG nicht vorgesehen.
Beteiligung von Bürgern		
Entwurf	Anmerkungen Herr Jammer-Lühr vom ... 02.2005	Abwägungsvorschlag <i>(Änderungen gegenüber der Ausgangsfassung sind markiert)</i>
	„Es wäre wünschenswert wenn die Stadtvertreter der Landeshauptstadt den Grundstückseigentümern der Stadt mehr Eigenverantwortung für das Grundstück zubilligen würden. Beabsichtigt ein Grundstückseigentümer eine Baumpflanzung auf seinem Grundstück ist zur Zeit noch ein Genehmigungsverfahren entbehrlich.“	Jeder Grundstückseigentümer kann auf seinem Grundstück ohne Genehmigungsverfahren pflanzen, was er möchte. Nur in B-Plangebieten, bei Vorhaben- und Erschließungsplänen sowie bei Bauanträgen gibt es festgelegte Einschränkungen bzw. Auflagen. Für Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen sind einheimische Gehölze festgelegt.
	„Dem vorliegenden Entwurf vom 13.12.04 wird nicht zugestimmt.“	
	Anmerkungen Frau Bauer v. 20.01.2005	
	<u>Ergänzung §9</u> “...Kontrollen behält sich die Behörde vor.“	<u>Ergänzung:</u> (3) Die Stadtverwaltung kann die beantragten Schnittmaßnahmen sowie die zur Fällung vorgesehenen Gehölze vor der Erteilung des Bescheides vor Ort prüfen. Die Behörde kann die Realisierung der Ersatzpflanzungen überprüfen.

		<p>(4) Die Entscheidung kann widerruflich oder befristet erteilt werden. Sie kann mit Nebenbestimmungen (Auflagen, Bedingungen, Befristungen) versehen werden. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb einer Frist von 4 Wochen Widerspruch eingelegt wird.</p> <p>Diese Kcontroloption war auch bisher im offengelegten Text nicht ausgeschlossen. Die neue Formulierung dient der Klarstellung.</p>
<p>Stellungnahme des Ortsteilbeirates Weststadt (26.2.05)</p>		
<p>§ 4 (2) Zusätzlich sind in einem durch sieben Ortsteile (Schelfstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Altstadt, Weststadt, Lewenberg, Werdervorstadt) gekennzeichneten innenstadtnahen Bereich alle im Absatz (1) Nr. 1 und Nr. 2 aufgelisteten Bäume mit einem Mindeststammumfang von 50 cm und unter Absatz (1) Nr. 3 aufgelisteten Arten mit einem Mindeststammumfang von 80 cm geschützt.</p> <p>§ 4 (3) Nicht geschützt sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bäume in Baumschulen und Gärtnereien, sofern sie dem betrieblichen Zweck dienen; 2. Obstbäume in Kleingartenanlagen; 3. Obstbäume, die nicht in den innenstadtnahen Ortsteilen (Schelfstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Altstadt, Weststadt, Lewenberg, Werdervorstadt) stehen; 	<p>§ 4 (2).....<u>sechs</u>.....Weststadt</p> <p>§ 4(3) Punkt 2:<u>und Hausgärten</u></p> <p>§ 4 (3) Weststadt</p>	<p>In den Vorberatungen zur offengelegten Fassung der Baumschutzsatzung hatte die Verwaltung gebeten, die Stadtvertretung möge eigenständig festlegen, welche innenstadtnahen Stadtteile den besonderen Regelungen des § 4 (2) unterworfen werden sollen. Diese Festlegung wurde mit dem Beschluss der Stadtvertretung am 6.12.04 getroffen. Die Verwaltung neigt auch zur Ansicht, dass die Weststadt zu den innenstadtnahen Stadtteilen zu rechnen ist.</p> <p>Auch die Frage nach dem Schutz der Obstbäume ist in der Stadtvertretung am 6.12.04 vorentschieden worden. Mit der Regelung in § 4(3) Nr.3 sollte bewirkt werden, dass in den innenstadtnahen Stadtteilen, hochstämmige Obstbäume weiterhin geschützt bleiben. Würde man den Schutz dieser Bäume in Hausgärten ausschließen, liefe diese Absicht weitgehend ins Leere.</p>

Schriftliche Zustimmungen zur BSchS		
	<p>Landesjagdverband e.V. Amt für Raumordnung und Landesplanung DB Netz AG Landesanglerverband e.V. Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. WEMAG Deutsche Telekom AG, T-Com Landesamt für Bodendenkmalpflege M-V Stadtmarketing Schwerin</p> <p><u>Bürger</u> Frau Brunhilde Brauer Frau Karin Fabian</p> <p><u>Unterschriftenlisten gegen die ersatzlose Aufhebung der BSchS vor der öffentlichen Auslegung</u> Seit November 2004 mit 106 Unterschriften Bis November 2004 über 827 Unterschriften</p>	